

20. Sitzung des Kreistages am 8. Juli 2024 - Fragen zur Fragestunde -

Frage der Kreistagsabgeordneten Erika Wolf:

Vorbemerkung:

Im März dieses Jahres wurde auf der Burg Nordeck in der dortigen Einrichtung der Lebenshilfe eine Gruppe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eröffnet.

Wie war die Belegung in den ersten Wochen und Monaten und waren die notwendigen Pflege-, Betreuungs- und Fachkräfte vorhanden?

Zusatzfrage:

Wie ist gewährleistet, dass die Jugendlichen in einer relativ abgelegenen Einrichtung, untergebracht im Dachgeschoss der Burg, am altersgemäßen gesellschaftlichen Leben (Sport, Unterhaltung, Kultur usw.) teilhaben können?

Frage des Kreistagsabgeordneten Konstantin Heck:

Vorbemerkung:

Die Untersagung im Zusammenhang mit der Verbrennung von Astschnitt direkt vor Ort stellt Landwirte und Streuobstwiesenbesitzer in unserem Landkreis in ihrem wertvollen Beitrag zur Garten- und Landschaftspflege neuerdings vor enorme Herausforderungen.

Der Presse u.a. vom 23. Mai war diesbezüglich zu entnehmen, dass der Kreis „(...) auf die Kommunen zugehen und neben den bisherigen Möglichkeiten weitere Angebote schaffen (will), um die energetische Verwertung unkompliziert und praktisch umzusetzen.“

Welche Maßnahmen sind von Seiten der Kreisverwaltung konkret zur praxisnahen „(...) energetische(n) Verwertung (...)“ von Astschnitt im Sinne der Landwirte und Streuobstwiesenbesitzer im Landkreis Gießen angedacht?

1. Zusatzfrage:

Inwieweit finden (bisherige) Planungs- und Umsetzungsverfahren dieses Vorhabens in Abstimmung mit den Kommunen im Landkreis Gießen statt?

2. Zusatzfrage:

Wann ist mit einer finalen Vorstellung dieser Alternativangebote für die Entsorgung von Astschnitt im Landkreis Gießen zu rechnen?

Frage des Kreistagsabgeordneten Dennis Pucher:

Vorbemerkung:

Zu Beginn der vergangenen Kreistagssitzung habe ich im Namen der FDP-Kreistagsfraktion eine Anfrage gem. § 32 GO des Kreistages des Landkreises Gießen an den Kreisausschuss gestellt. Hintergrund war das von der Kreistagsmehrheit seiner Zeit gewählte Verfahren rund um die Änderung der Abfallgebührensatzung.

Nach der Rechtsauffassung unserer Fraktion und weiterer eingeholter Expertise ging mit diesem Verfahren zweifelsfrei die Ausstellung vorläufiger Gebührenbescheide einher – und zwar gegenüber allen Selbstanlieferern, die ihre Abfälle im Zeitraum zwischen der Ankündigung zur Änderung der Abfallgebührensatzung im Dezember und deren rückwirkenden Beschlusses durch den Kreistag im Februar dieses Jahres im Kreisgebiet entsorgt haben.

Auf welcher rechtlichen Argumentationbasis begründen Sie Ihre Auffassung, dass es sich bei diesen Schreiben nicht um Gebührenbescheide, sondern lediglich um „Anlieferungsbelege“ handle?

1. Zusatzfrage:

Unabhängig der abschließenden rechtlichen Einordnung – wie viele solcher Schreiben wurden in besagtem Zeitraum ausgestellt?

2. Zusatzfrage:

Wurde der in der Beantwortung der Anfrage vom 13. Mai 2024 angekündigte Versand der endgültigen Bescheide im Mai 2024 vorgenommen?“

Frage des Kreistagsabgeordneten Harald Scherer:

Vorbemerkung:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 27. Juni 2022 die Projektgenehmigung für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Holzbauweise an verschiedenen Standorten im Landkreis Gießen erteilt – so auch unter anderem in Pohlheim (vgl. Vorlage 0543-2022).

Kürzlich war der Presse zu entnehmen, dass die Kreisverwaltung die Planung der für Pohlheim vorgesehenen Flüchtlingsunterkunft eingestellt hat.

Aus welchen Gründen wurde die Planung für das Projekt in Pohlheim eingestellt?

Zusatzfrage:

Wer hat diese Entscheidung getroffen und warum wurde hierzu keine Entscheidung des Kreistages eingeholt, der dieses Projekt 2022 beschlossen hat?